

Das Wichtigste aus Recht, Steuern und Wirtschaft

Januar 2017

Inhaltsverzeichnis

Bankkontodaten von 2017 werden ab 1.1.2018 mit über 100 Staaten ausgetauscht	2
AHV-Abzug bei Einkauf in Pensionskasse beschränkt.....	2
Wahlkampfkosten sind keine Berufsauslagen.....	3
Kündigung aufgrund schwierigen Charakters nicht missbräuchlich	3
Anpassung des Mindestlohns für Hausangestellte per 1.1.2017	4
Neue Verjährungsregeln im Steuerstrafrecht per 2017	4
Ausschlagung der Erbschaft führt zum Konkurs der toten Person.....	4
UVG-Revision per 1.1.2017 mit Folgen für das Austrittsschreiben	5

Bankkontodaten von 2017 werden ab 1.1.2018 mit über 100 Staaten ausgetauscht

Der Bundesrat hat das Bundesgesetz über den automatischen Informationsaustausch auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt. Somit werden die Bankkontodaten des Jahres 2017 im Jahr 2018 mit über **100 anderen Staaten** ausgetauscht.

Es werden Name und Adresse sowie Steuerland und Steuernummer des Kontoinhabers, im Falle von natürlichen Personen zusätzlich Geburtsdatum und Geburtsort ausgetauscht. Weiter werden die kontoführende Bank und die Kontonummer übermittelt. Die Kontoinformationen enthalten den Saldo, die Erträge und allfällige Veräusserungserlöse.

Personen mit Steuerwohnsitz Schweiz sind verpflichtet, das gesamte weltweite Ein-

kommen und Vermögen in der schweizerischen Steuererklärung zu deklarieren. Sind unbesteuerte Gelder vorhanden, ist eine straflose Selbstanzeige empfohlen. Bei der straflosen Selbstanzeige werden die Steuern der vergangenen zehn Jahre und die Verzugszinsen erhoben.

Wenn die schweizerischen Steuerbehörden über den AIA von der Existenz eines ausländischen Bankkontos erfahren, werden sie von sich aus ein Nachsteuerverfahren eröffnen. Es käme eine Busse zu den Steuern der vergangenen zehn Jahre und der Verzugszinsen hinzu. Die Busse ist in der Regel gleich hoch wie die Steuer selber.



AHV-Abzug bei Einkauf in Pensionskasse beschränkt

Das Bundesgericht hat hohe Einzahlungen von Selbständigen in die Pensionskasse unattraktiver gemacht. Bisher galt: Die Hälfte der Einzahlung in die Pensionskasse wird bei der Berechnung der AHV-Jahresprämie nicht angerechnet. Ein Beispiel: Ein Selbständigerwerbender verdient 150000 Franken und zahlt davon 15000 Franken in die Pensionskasse ein. Für die Bemessung der AHV-Prämie zählt dann ein Einkommen von 142500 Franken.

Das Bundesgericht hat diese Praxis bei hohen Einkäufen umgestossen. Im konkreten Fall hatte ein Luzerner 1,58 Millionen Franken eingezahlt, obwohl sein steuerbares

Einkommen nur 300000 Franken betrug. Für die Bemessung der AHV darf er neu nicht die Hälfte der Einkaufssumme abziehen, sondern nur die Hälfte seines steuerbaren Einkommens. Sonst hätte er nämlich im betreffenden Jahr gar keine AHV-Beiträge zahlen müssen

Fazit: Selbständigerwerbende sollten mit Einzahlungen in die 2. Säule nicht mehr bis einige Jahre vor der Pensionierung warten, sondern früher und regelmässig Einzahlungen machen.

(Quelle: BGE Urteil 142 V 169 vom 1.3.2016)



Wahlkampfkosten sind keine Berufsauslagen

Eine Nationalrätin machte 2011 in ihrer Steuererklärung unter anderem persönliche Wahlkampfkosten als Berufsauslagen zum Abzug geltend.

Das Bundesgericht hat entschieden, dass Wahlkampfkosten persönliche Lebens-

haltungskosten sind und nicht abgezogen werden dürfen, egal ob Erst- oder Wiederwahl.

(Quelle: BGE 2C_860/2014 vom 24.5.16)



Kündigung aufgrund schwierigen Charakters nicht missbräuchlich

Eine Bank kündigte einer Kadermitarbeiterin und ihrem Vorgesetzten, nachdem sie sich in verschiedenen Konfliktsituationen mit ihrem Vorgesetzten aggressiv verhalten hatte.

Die Kadermitarbeiterin leitete Klage gegen die Bank wegen missbräuchlicher Kündigung ein. Sie stellte sich auf den Standpunkt, die Kündigung sei einzig erfolgt, weil sie sich über ihren Vorgesetzten beschwert hatte. Nach Auffassung der Gekündigten hätte die Bank den Vorgesetzten entlassen oder sie versetzen müssen statt beide zu entlassen.

Nachdem alle Gerichte die Klage abgewiesen hatten, entschied sich auch das Bun-

desgericht für eine Abweisung. Als Angehörige des höheren Kadern sei es problematisch, einen schwierigen Charakter zu haben. Das unangebrachte Verhalten der Kadermitarbeiterin gegenüber ihren Mitarbeitern und dem Vorgesetzten sei auf den Charakter von ihr zurückzuführen. Eine Versetzung hätte gemäss Bundesgericht keinen Einfluss auf den Charakter von der Mitarbeiterin gehabt. Der Kündigungsentscheid der Bank sei daher nicht zu beanstanden.

(Quelle: BGE 4A_130/2016 vom 25.8.2016)



Anpassung des Mindestlohns für Hausangestellte per 1.1.2017

Die Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft wird nochmals um drei Jahre verlängert. Gleichzeitig soll der Mindestlohn angepasst werden.

Neu gilt der Mindestlohn brutto pro Stunde, ohne Zuschläge für Ferien und bezahlte Feiertage wie folgt:

- Fr. 18.90, ungelernt
- Fr. 20.75, ungelernt mit mindestens vier Jahren Berufserfahrung in der Hauswirtschaft
- Fr. 22.85, gelernt mit EFZ
- Fr. 20.75, gelernt mit EBA

(Quelle: SECO)



Neue Verjährungsregeln im Steuerstrafrecht ab 2017

Am 1. Januar 2017 tritt die Neuregelung der Verjährungsfristen im Steuerstrafrecht in Kraft. Es gelten die folgenden Verjährungsfristen:

- Vollendete Steuerhinterziehung: 10 Jahre
 - Steuerbetrug: 15 Jahre
 - Bezugsverjährung (Bussen und Kosten): 5 Jahre (relativ) bzw. 10 Jahre (absolut)
- Verfahrenspflichtverletzung: 3 Jahre
 - Versuchte Steuerhinterziehung: 6 Jahre



Ausschlagung der Erbschaft führt zu Konkurs der toten Person

Die Ausschlagung eines Erbes bedeutet, dass die Annahme einer Erbschaft verweigert wird. Eine Ausschlagung ist an die Behörde zu richten und die Frist dafür beträgt drei Monate. Sie kann für die Erben interessant sein, da die Erben so keine eventuellen Schulden übernehmen müssen.

Wird ein Erbe von allen gesetzlichen oder testamentarisch eingesetzten Erben ausgeschlagen, gerät das Vermögen der verstor-

benen Person in Konkurs. Der Nachlass wird dadurch vom Konkursamt liquidiert und für die Erben entsteht kein Aufwand. Einen allfälligen Aktivenüberschuss aus dem Nachlass erhalten die Erben trotz Ausschlagung

Fazit: Die Ausschlagung ist auch möglich falls keine Schulden vorliegen. So können die Erben den Nachlass ohne Aufwand professionell liquidieren lassen und unter Umständen trotzdem davon profitieren.



UVG-Revision per 1.1.2017 mit Folgen für das Austrittsschreiben

Am 1. Januar 2017 tritt das neue Unfallversicherungsgesetz in Kraft. Die wichtigsten Punkte dabei sind:

- **Versicherungsbeginn:** Neu beginnt die Versicherung an dem Tag, an dem das Arbeitsverhältnis beginnt, in jedem Fall aber im Zeitpunkt, ab dem der Arbeitnehmer auf den Weg zur Arbeit ist. Ein Arbeitnehmer ist ab dem Tag versichert, an dem das Arbeitsverhältnis beginnt, auch wenn der 1. des Monats auf einen Sonntag fällt.
- **Versicherungsende:** Die Versicherung endet neu mit dem 31. Tag (bisher 30. Tag) nach dem Tag, an dem der An-

spruch auf mindestens den halben Lohn aufhört.

- **Abredeversicherung:** Der Versicherer muss dem Versicherten anbieten, die Versicherung durch besondere Abrede bis zu sechs Monate (statt bisher 180 Tage) zu verlängern.

Wichtig: Austrittsschreiben sind im Rahmen der gesetzlichen Informationspflicht per 1. Januar 2017 anzupassen: das neue Versicherungsende (neu 31. Tag) und die Dauer der Abredeversicherung (neu 6 Monate). Mitarbeiter sind am besten mittels eines Schreibens, das beide Parteien unterzeichnen, über den neuen Versicherungsschutz zu informieren.

